



NIEDERSCHRIFT

über die 11. Sitzung des Stadtrates

der Stadt Landau in der Pfalz

am Dienstag, 31.08.2010,

im Rathaus, Marktstraße 50, Ratssaal

Beginn: 17:00

Ende: 19:52



Anwesenheitsliste

SPD

Sonja Baum-Baur

Dr. Hans-Jürgen Blinn

Franco Casella

Hermann Demmerle

Klaus Eisold

Dr. Maximilian Ingenthron

Dr. Hannes Kopf

Prof. Peter Leiner

Kurt Ludwig

Günter Scharhag

Michael Scheid

Hans Peter Thiel ab TOP 4 ö.S.

Monika Vogler

Natascha Walz

CDU

Dr. Thomas Bals

Heidi Berger

Susanne Burckhardt

Jürgen Doll

Rudi Eichhorn

Peter Heuberger

Andreas Hott

Theo Kautzmann bis TOP 12 ö.S.

Wolfgang Kern

Peter Lerch



Rolf Morio

Dorothea Müller

Wilhelm Prokop

Sandro Zandonella

Bündnis 90/Die Grünen

Marianne Brunner

Alexander Ellinghaus ab TOP 2 ö.S.

Dietrich Herdel

Susanne Schröer

FWG

Wolfgang Freiermuth

Wolfgang Gauer

Dr. Peter Leydecker

Hans Volkhardt

FDP

Martin Heupel

Otto Pfaffmann

Jochen Silbernagel

Dr. Elke Wissing

UBFL

Bertram Marquardt

Dr. Gertraud Migl

Fraktionslos

Magdalena Schwarzmüller



Vorsitzender

Hans-Dieter Schlimmer

Bürgermeister

Thomas Hirsch

Beigeordnete/r

Rudi Klemm

Maria Helene Schlösser

Berichterstatter

Christine Baumstark (Hauptamt)

Ralf Bernhard (Stadtbauamt)

Udo Hans (Amt für Recht und öffentliche Ordnung)

Hans-Joachim Malo (Sozialamt)

Martin Messemer (Finanzverwaltung/Wirtschaftsförderung)

Elena Schwahn (Integrationsbeauftragte)

Sonstige

Joachim Arbogast (Ortsvorsteher Mörlheim)

Rudolf Boesche (Ortsvorsteher Wollmesheim)

Horst Pedé (Leiter Pressestelle)

Aydin Tas (Vorsitzender Beirat Migration und Integration)

Schriftführer

Markus Geib

Entschuldigt



SPD

Dott. Francesca Chillemi Jungmann



Zu dieser Sitzung war unter gleichzeitiger Bekanntgabe der Tagesordnung ordnungsgemäß eingeladen worden.

Der Vorsitzende teilte mit, dass dies heute die letzte Stadtratsitzung von Herrn Hans, dem Leiter des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung sei. Herr Hans habe 31 Jahre als Leiter des Rechtsamtes die Arbeit des Rates begleitet. Er sei ein guter und sachlicher Ratgeber gewesen. Hierfür sei man ihm zu großem Dank verpflichtet.

Der Vorsitzende wies darauf hin, dass es einen Antrag von Herrn Prof. Leiner für die SPD-Fraktion zur Redezeitbegrenzung gebe. Der Ältestenrat habe sich darauf verständigt, zunächst die vorhandenen Regelungen in § 22 der Geschäftsordnung strenger zu beachten. Es gebe hier auch eine Selbstverpflichtung des Rates. Dies funktioniere, wenn sich jeder an die selbst beschlossenen Regeln halte. Man dürfe aber nicht vergessen, dass die Debatte zum parlamentarischen Spiel gehöre.

Ratsmitglied Kautzmann kündigte an, dass er sich nach den Ehrungen nochmals zur Geschäftsordnung melden werde.

Damit bestand folgende Tagesordnung:

T a g e s o r d n u n g

Ö f f e n t l i c h e S i t z u n g

1. Einwohnerfragestunde
2. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hermann Stein
3. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Alwin Bengert
4. Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Karl-Heinz Seibel
5. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Festungsrundganges
Vorlage: 101/087/2010
6. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Benennung einer Straße nach Paul von Denis
Vorlage: 101/084/2010
7. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen
Vorlage: 101/085/2010
8. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung öffentlicher Toilettenanlagen durch private Betreiber
Vorlage: 101/086/2010
9. Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung
Vorlage: 200/026/2010
10. Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung
Vorlage: 300/029/2010
- 10.1. Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung



Vorlage: 101/088/2010

11. Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze
Vorlage: 320/009/2010
12. Integrationskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz
Vorlage: 500/003/2010
13. Fortschreibung des Bauprogramms 2010 - 2013
Vorlage: 600/019/2010
14. Informationen zur Landesgartenschau
15. Verschiedenes



Öffentliche Sitzung



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 1. (öffentlich)

Einwohnerfragestunde

Herr Schmitt sprach die jüngste Diskussion um den Erhalt weiterer Gebäude auf dem Gelände Estienne Foche an. Er wolle wissen, wie denn der aktuelle Stand in Sachen Erhalt der Gebäude sei.

Der Vorsitzende teilte mit, dass der Bauausschuss in der letzten Sitzung unterrichtet worden sei. Ergebnis der erneuten Begehung sei gewesen, dass zwei weitere Gebäude erhaltenswert seien. Dies werde so auch umgesetzt.

Herr Niekum verwies auf zwei Schreiben von ihm vom März bzw. Juni diesen Jahres. Hier gehe es um die Sanierung des Gehweges Wilhelm-Wüst-Straße 15, die letztes Jahr erfolgt sei. Allerdings sei die Pfütze dadurch nicht kleiner, sondern größer geworden. Er habe auf keines der Schreiben bisher eine Antwort erhalten.

Der Vorsitzende erklärte, dass ihm der Sachverhalt nicht bekannt sei. Er sichere zu, dass er innerhalb der nächsten zwei Wochen Antwort erhalten werde.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 2. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Hermann Stein

Der Vorsitzende würdigte Herrn Hermann Stein für seine Verdienste im sportlichen und gesellschaftlichen Bereich. Er sei über zwei Jahrzehnte Mitglied in der Vorstandschaft des Tanzsportclubs gewesen, davon 12 Jahre als Präsident. Herr Stein habe den Tanzsportclub nach vorne gebracht. Durch die Erfolge von Tanzpaaren sei der Name Landaus positiv nach außen getragen worden. Neben den Erfolgen im Turniersport habe er auch den Breitensport gefördert. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner sportlichen und gesellschaftlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Stein die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Stein bedankte sich für die Ehrung. Er habe in all den Jahren nur seine Arbeit und seinen Job gemacht und versucht, den Verein nach vorne zu bringen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 3. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Alwin Bengert

Der Vorsitzende würdigte Herrn Alwin Bengert für seine Verdienste im sportlichen und kirchlichen Bereich. Er sei insgesamt seit 29 Jahren in der Koronar-Sportgruppe aktiv. Die Arbeit in der Koronar-Sportgruppe sei wichtig, um Menschen nach einer Erkrankung wieder Perspektive zu geben. Neben der Koronar-Sportgruppe sei er viele Jahre in verschiedenen Kirchengemeinden als Kirchenrechner tätig gewesen. Herr Bengert habe nie den Weg in die Öffentlichkeit gesucht, sondern habe immer im Stillen gearbeitet. Dies sei nicht weniger wichtig. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner sportlichen und kirchlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Bengert die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Bengert bedankte sich für die Ehrung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 4. (öffentlich)

Verleihung der Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz an Herrn Karl-Heinz Seibel

Der Vorsitzende würdigte Herrn Karl-Heinz Seibel für seine Verdienste im gesellschaftlichen Bereich. Er sei einer der engagiertesten Stadtführer in Landau mit mittlerweile über 500 Führungen in 10 Jahren. Gleich nach Kriegsende habe er begonnen, sich gesellschaftlich zu engagieren. Zunächst in der evangelischen Jugendarbeit, dann später als Organist und Chorleiter. Herr Seibel sei Mitbegründer des Erzählcafés gewesen. Er sei weiter in unzähligen Fördervereinen und weiteren Vereinen aktiv. Herr Seibel sei ein Stück Landau, der immer zur Stelle gewesen sei. Die Verleihung der Ehrennadel sei eine Würdigung seiner gesellschaftlichen Verdienste um die Stadt Landau.

Der Vorsitzende verlas die Ehrungsurkunde und überreichte Herrn Seibel die Ehrennadel der Stadt Landau in der Pfalz.

Herr Seibel bedankte sich für die Ehrung. Er habe dies nicht alles alleine gemacht. Es sei gut, dass andere auch mitmischen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 5. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Erarbeitung eines Festungsrundganges

Ratsmitglied Kautzmann begrüßte grundsätzlich den Antrag von Herrn Prof. Leiner, der im Ältestenrat behandelt worden ist. Er sehe die Arbeitsweise des Rates auch als ineffizient an. Man könnte sich beispielsweise viele unnötige Diskussionen ersparen, wenn mit den Sitzungsunterlagen schon die Stellungnahmen der Verwaltung zu den jeweiligen Anträgen mitverschickt würden.

Der Vorsitzende erklärte, dass es aus Achtung vor den Anträgen der Fraktionen bisher nicht üblich gewesen sei, die Stellungnahmen der Verwaltung zu verschicken. Wenn es aber gewünscht werde, könne man dies in Zukunft generell so machen.

Der Vorsitzende verwies dann auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 25. Juli 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Vogler begründete den Antrag. Die Beschilderung zur Festungsanlage innerhalb der Stadt sei eher kümmerlich. Dies sollte im Hinblick auf die Landesgartenschau verbessert werden. Bis 2014 sollte ein Rundgang erarbeitet werden. Vorstellbar wären auch die Erarbeitung von entsprechenden Publikationen oder auch ein historischer Stadtrundgang.

Der Vorsitzende erklärte, dass der Antrag einen ganz wichtigen Kern treffe. Er würde es begrüßen, zu überlegen was man hier machen könne. Das ganze müsse natürlich im Kostenrahmen bleiben. Es sei keine Frage, den Stadtführern dann entsprechende Sonderausbildungen zu geben.

Ratsmitglied Schröer hielt den Antrag für inhaltlich wichtig. Die Festung sei ein Wiedererkennungswert von Landau. In dem Prüfauftrag sollte unbedingt auch die Kostenfrage geklärt werden. Es sei zu entscheiden, ob man die Kosten über die Landesgartenschau abdecken könne oder ob ein Sponsoring denkbar wäre oder ob es letztlich in den Haushalt 2011 aufzunehmen wäre. Die Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion stimmten dem Prüfauftrag zu.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass auch die UBFL-Stadtratsfraktion den Antrag unterstützen werde. Dies aber nicht nur mit Blick auf die Landesgartenschau, sondern auch darüber hinaus. Solch ein Festungsrundgang müsse auch über 2014 hinaus noch Wirkung haben.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung prüft die Erarbeitung eines Festungsrundganges samt entsprechender Publikationen und Schautafeln für Erwachsene sowie Kinder und Jugendliche.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 6. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Benennung einer Straße nach Paul von Denis

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 27. Juli 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Das ganze sei ein Beitrag zur Erinnerungskultur. Paul von Denis sei eine Persönlichkeit, die auch für Landau eine hohe historische Bedeutung habe.

Ratsmitglied Silbernagel sprach das generelle Problem von Straßenbenennungen an. Es sei unklar wie das erfolge, ob beispielsweise die Fraktionen Vorschläge machen sollten oder ob es Vorschläge von Seiten der Verwaltung gebe.

Der Vorsitzende erklärte, dass es hier drei Möglichkeiten gebe. Entweder schlage die Verwaltung vor und der Rat stimme zu. Die zweite Möglichkeit sei, dass die Fraktionen vorschlagen und man einigte sich und die dritte Möglichkeit sei, dass man sich im Rat gemeinsam auf Namen verständige. Beim künftigen Wohnpark Am Ebenberg habe man sich schon darauf verständigt, die Freiheitstradition der Stadt in Erinnerung zu rufen.

Er schlage vor, den Antrag abzustimmen und den Namensvorschlag dann an das Archiv und Museum weiterzuleiten, damit dann von dort zu gegebener Zeit geeignete Straßen benannt werden.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Stadt Landau benennt eine Straße nach Paul von Denis.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 7. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 7. August 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. Es handle sich hier um eine Forderung, die sich bundesweit durchziehe. Jedes Jahr würden 300 Katzen im Tierheim abgegeben. Die Katzenpopulation in Landau habe in den letzten Jahren stark zugenommen. Die Stadt unterstütze das Tierheim für jeweils 42 Tage mit 5,10 Euro pro Katze. Mit einer solchen Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht sei die Stadt Paderborn Vorreiter in Deutschland. Man sollte die Sache hier in Landau prüfen. Nichts zu tun wäre die denkbar schlechteste Alternative. Auch der Tierschutzverein in Landau spreche sich vehement für eine solche Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht aus.

Bürgermeister Hirsch erklärte als zuständiger Dezernent, dass man sich von Seiten der Verwaltung schon im Dezember 2009 mit dieser Thematik befasst habe. Man habe sich unter anderem mit der Veterinärabteilung beim Kreis in Verbindung gesetzt. Diese sehe keinen Handlungsbedarf in dieser Frage. Er könne auch nicht nachvollziehen, wie Herr Dr. Ingenthron zur Zahl von 300 Katzen komme. Im Jahr 2009 seien vom Tierheim insgesamt 28 Katzen mit der Stadt abgerechnet worden, in diesem Jahr seien es bis jetzt 17 Katzen. Die Gesamtaufwendungen hierfür hätten 2009 rund 9.000 Euro betragen. Er könne sich nicht vorstellen, dass ein solches Verfahren wie es jetzt beantragt werde, Kosteneinsparungen im Vergleich zu den 9.000 Euro bringe. Er sei mit dem Städtetag der Auffassung, dass hier das Land gefordert sei.

Ratsmitglied Morio sah für diesen Antrag aus Sicht der CDU-Stadtratsfraktion keine Notwendigkeit. Man habe auch versucht, sich externe Informationen zu beschaffen. So habe man auch mit der Stadt Paderborn Kontakt aufgenommen. Von dort habe man die Auskunft erhalten, dass es diese Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht zwar seit 15 Jahren gebe. Allerdings wende man sie nicht an, da es nicht durchsetzbar sei.

Ratsmitglied Ellinghaus sprach für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen von einer schwierigen Problematik. Man sei in dieser Frage hin und hergerissen. Einerseits sehe man auch die Vollzugsproblematik, andererseits sehe man auch die Argumentation des Tierschutzes. Er halte es für angebracht, die Thematik noch mal eingehender im Hauptausschuss zu beraten.

Ratsmitglied Volkhardt war der Meinung, dass man nach der Argumentation der Verwaltung den Antrag heute direkt abstimmen könne.

Ratsmitglied Silbernagel stellte sich die Frage wie man von Seiten der Verwaltung eine solche Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht umsetzen könnte. Er hielte es für wichtiger, wenn die Tierheime hier verstärkt in die Öffentlichkeit gingen mit dem Appell an die Katzenbesitzer selbst aktiv zu werden. Die FDP-Stadtratsfraktion sehe für eine solche Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht keine Notwendigkeit.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass die UBFL-Stadtratsfraktion für diesen Antrag stimmen werde. Das Problem sei in der Tat die Überpopulation der Katzen. Die Verantwortung liege letztendlich bei den Eigentümern. Man denke, dass man im Falle einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht auch die Tierärzte entsprechend sensibilisieren könnte.

Der Vorsitzende schlug vor, den Antrag als Prüfauftrag in den Hauptausschuss zu verweisen. Die Verwaltung könne bis dahin nochmals Erfahrungen und Stellungnahmen anderer Städte und der Veterinärabteilung einholen.



Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja-, 10 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen:

Die Verwaltung prüft die Einführung einer Kastrations-, Kennzeichnungs- und Registrierungspflicht für Katzen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 8. (öffentlich)

Antrag der SPD-Stadtratsfraktion; Einrichtung öffentlicher Toilettenanlagen durch private Betreiber

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 13. August 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron begründete den Antrag. In Landau gebe es zu wenige öffentliche Toiletten bzw. zu wenige Möglichkeiten Toiletten aufzusuchen. Hier sehe er Handlungsbedarf. Man habe deshalb hier zwei Möglichkeiten aufgezeigt, wie man die Situation verbessern könne. Das eine wäre die Errichtung und der Betrieb öffentlicher Toilettenanlagen durch private Betreiber. Die andere Möglichkeit wäre das Modell „Nette Toilette“. Es gebe gute Gründe, hier etwas zu tun, beispielsweise der demographische Wandel mit immer mehr älteren Mitbürgern.

Beigeordnete Schlösser berichtete, dass sie im Hinblick auf das Modell „Nette Toilette“ bereits aktiv gewesen sei. Anfang 2008 seien Gespräche mit dem Werbekreis und mit städtischen Geschäften geführt worden. Das Ergebnis sei gewesen, dass die Geschäfte diese Belastungen nicht wollten. Im jeweiligen Einzelfall sei dies kein Problem, man wolle es aber nicht generell.

Ratsmitglied Morio hatte gegen das Aufstellen von Toilettenanlagen durch private Betreiber nichts einzuwenden. Das Modell „Nette Toilette“ habe sich durch die bereits erfolgte Prüfung durch die Beigeordnete Frau Schlösser seiner Ansicht nach erledigt.

Ratsmitglied Schröer hatte mit dem Prüfauftrag ebenfalls keine Probleme.

Ratsmitglied Volkhardt schloss sich den Ausführungen von Herrn Morio an. Die FWG-Stadtratsfraktion könne sich auch am ehesten das Modell mit privaten Betreibern vorstellen. Er schlage vor, den Antrag in den Bauausschuss zu verweisen.

Ratsmitglied Silbernagel erklärte, dass die FDP zum gleichen Ergebnis komme. Man habe gegen private Betreiber auch nichts einzuwenden.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Meinung, dass der Antrag ein sehr wichtiges Anliegen aufnehme. Sie finde, dass man bei der Umfrage zum Modell „Nette Toilette“ etwas ehrgeiziger hätte sein sollen. Hier sollte man 2010 einen neuen Versuch starten. Am besten wäre nach Auffassung der UBFL-Stadtratsfraktion eine kommunale Toilette.

Ratsmitglied Dr. Bals sah durchaus ein öffentliches Interesse für eine öffentliche Toilette. Es wäre zu überlegen, ob man nicht vielleicht die bestehende Anlage am Rathaus einem privaten Betreiber gebe.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

Die Verwaltung prüft die Einrichtung öffentlicher Toilettenanlagen durch private Betreiber und/oder die Beteiligung an der Aktion „Nette Toilette“.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 9. (öffentlich)

Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gem. § 94 Absatz 3 Gemeindeordnung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Finanzverwaltung und Wirtschaftsförderung vom 18. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Der Stadtrat beschloss einstimmig:

der Annahme nachfolgender Spenden, Sponsoringleistungen, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen an die Stadt Landau sowie von der Sparkassenstiftung an Dritte, über die der Oberbürgermeister entscheidet oder dem Stiftungskuratorium einen Verwendungsvorschlag unterbreitet, zuzustimmen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10. (öffentlich)

Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Amtes für Recht und öffentliche Ordnung vom 4. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Zusammen mit der Vorlage werde man den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion zu dieser Thematik vom 22. August 2010 beraten.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 30 Ja,- 12 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

den dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigelegten Entwurf zur Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung

als Satzung.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 10.1. (öffentlich)

Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion; Änderung der Zweitwohnungssteuersatzung

Der Vorsitzende verwies auf den Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion vom 22. August 2010, der dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist. Er wolle noch mal deutlich machen, dass die Zweitwohnungssteuer nicht auf Initiative der Stadt eingeführt worden sei, sondern eine Auflage der ADD gewesen sei. Es gehe hier auch nicht um abkassieren oder Gewinne machen. Seit dem Beschluss zur Zweitwohnungssteuer habe man 400 Erstwohnsitze mehr, dies bringe ein Plus von 160.000 Euro bei den Schlüsselzuweisungen. Die Steuer sei ein Erfolg, auch weil sie eingeführt worden sei um nicht erhoben zu werden. Insgesamt bringe die Steuer selbst rund 60.000 Euro ein.

Der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Zweitwohnungssteuersatzung der Stadt Mainz liege der Grundsatz der Steuergerechtigkeit zugrunde. Dies bedeute, dass gleiche Sachverhalte nur bei Vorliegen eines sachlichen Grundes für eine Differenzierung unterschiedlich behandelt werden dürften. Ausnahmen seien nur beispielsweise bei Altenheimen, Pflegeheimen und Erziehungsheimen möglich. Das Gericht sage klar, dass es erhebliche Unterschiede gebe zwischen Studenten, die wegen ihres Studiums eine Zweitwohnung unterhielten und Personen, die sich einer Therapie oder sonstigen Hilfen in Einrichtungen unterziehen. Ganz klar gebe es keine soziale Komponente nach dem Einkommen, da man sonst die Studenten überhaupt nicht erfassen könnte. Dann würde die Steuer vollkommen ins Nichts gehen. Wenn man ganze Personengruppen, wie beispielsweise Studenten, von der Steuer ausnehme, würde sich die Satzung als rechtswidrig erweisen, da vergleichbare Sachverhalte ungleich behandelt würden. Dies gelte auch, wenn man einen Befreiungstatbestand aufnehme, dass Personen die am Erstwohnsitz ein politisches Mandat ausüben von der Steuer befreit sind.

Die Verwaltung habe dies geprüft und er wolle schon vor dem Eintritt in die Beratungen klar machen, dass die vom Rat beschlossene Satzung rechtswirksam sei. Insofern sei es seine Aufgabe, dass er Beschlüsse, die die Rechtswirksamkeit der Satzung in Frage stellen würden, aussetzen müsse. Daher werde er, für den Fall, dass der Antrag der Bündnis 90/Die Grünen-Stadtratsfraktion eine Mehrheit finde, den Beschluss aussetzen und die ADD um Prüfung und Entscheidung bitten. Ein Beschluss in diese Richtung sei rechtswidrig und daher auszusetzen.

Ratsmitglied Brunner begründete den Antrag. Den Antrag habe man eigentlich gar nicht stellen wollen. Es sei bei der Beschlussfassung zugesichert worden, dass Menschen, die außerhalb von Landau kommunalpolitisch aktiv seien, kulant behandelt würden. Es gehe hier um das Ehrenamt, das man immer in Sonntagsreden so hoch halte. Dieses Engagement sollte man würdigen und nicht noch bestrafen.

Ratsmitglied Vogler erklärte, dass die SPD nicht generell gegen die Zweitwohnungssteuer sei. Der SPD gehe es darum, junge Menschen, die sich politisch engagieren, nicht noch abzustrafen. Es gehe hier nicht um einen Einzelfall, sondern um eine generelle Entscheidung. Dann solle die ADD den Beschluss eben beanstanden. Dieses Risiko gehe man ein. Die SPD-Stadtratsfraktion stimme dem Antrag der Grünen zu.

Ratsmitglied Morio stellte fest, dass der Stadtrat erst im März 2010 die Zweitwohnungssteuersatzung beschlossen habe. Damals sei alles besprochen worden. Der Stadtrat habe sich damals an der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts orientiert. Das Begehren der Grünen sei damals bewusst herausgelassen worden, da ansonsten die Gefahr bestanden hätte, dass die Satzung rechtswidrig sei. An dieser Rechtslage habe sich seit März nichts geändert. Auch wenn man größtes Verständnis für das Anliegen der Grünen habe, werde die CDU-Stadtratsfraktion den Antrag ablehnen.

Ratsmitglied Volkhardt erinnerte daran, dass auch die FWG diesen Ausnahmetatbestand bei der Beschlussfassung im März schon gerne gehabt hätte. Es sei aber jedem klar geworden, dass es rechtlich nicht gehe. Dies müsse man akzeptieren und danach handeln. Die FWG-Stadtratsfraktion lehne den Antrag der Grünen mehrheitlich ab.



Ratsmitglied Silbernagel war der Auffassung, dass Satzungen eingehalten werden müssten. Ansonsten würden rechtlich vage Situationen entstehen. Die FDP-Stadtratsfraktion sehe daher keine Möglichkeit, dem Antrag zuzustimmen.

Ratsmitglied Dr. Migl sah in dem Antrag den Beleg dafür, wie schwierig die Thematik Zweitwohnungssteuer sei. Es zeige sich, welch ein bürokratisches Monster diese Steuer sei. Sie teile die juristischen Bedenken der Verwaltung. Dennoch stimme die UBFL-Stadtratsfraktion dem Antrag zu. Wenn ein solcher Beschluss die Satzung rechtswidrig mache, dann sei dies von der UBFL gewollt. Dies sei dann eine Möglichkeit die Satzung zu Fall zu bringen.

Ratsmitglied Schwarzmüller erklärte, dass es doch immer irgendwelche Ausnahmen gebe. Es könne doch keine Frage sein, hier noch mal nachzudenken, anstatt es so stur durchzuziehen.

Der Vorsitzende machte noch mal deutlich, dass diese Ausnahme eben nicht zulässig sei. Man zwingt ja niemanden, seinen Erstwohnsitz hier anzumelden. Dies stehe jedem frei. Die Verwaltung habe dies geprüft und er schließe sich dieser Auffassung an. Er bitte, dies nicht als Drohung zu verstehen.

Herr Hans machte deutlich, dass es seine Aufgabe sei, Satzungsvorschläge zu unterbreiten, die auch halten. Sie würden dann nicht halten, wenn da etwas drin stehe dass Gleiches ungleich behandelt wird. Es sei nicht zulässig, eine bestimmte Personengruppe von der Steuer auszunehmen. Grundsätzlich sei die Motivation, für die Begründung eines Zweitwohnsitzes unerheblich. Er könne nicht empfehlen, diese Ausnahmevorschrift zu beschließen. Die Zweitwohnungssteuer sei eine Aufwandssteuer, die den Aufwand für das Halten einer Zweitwohnung besteuere. Das generelle Herausnehmen einer Personengruppe aus der Steuerpflicht mache die Steuer angreifbar.

Ratsmitglied Freiermuth war der Meinung, dass der Antrag sicherlich gut gemeint sei. Allerdings tue man der Demokratie damit keinen Gefallen. Nur wegen des politischen Mandats junge Menschen zu bevorzugen sei ein schlechtes politisches Zeichen. Es gebe auch genug andere junge Menschen, die beispielsweise bei der Feuerwehr aktiv seien und nicht befreit werden könnten.

Ratsmitglied Scheid widersprach Herrn Freiermuth. Es sei nur für das politische Mandat der Erstwohnsitz zwingend.

Der Vorsitzende erklärte nochmals, dass „würden politische Mandatsträger generell von der Steuer ausgenommen, würde sich die Satzung als rechtswidrig erweisen, weil gleiche Sachverhalte ungleich behandelt würden“. Dann habe er den Beschluss auszusetzen und die ADD einzuschalten.

Ratsmitglied Hott wollte wissen, wer den Sachverhalt prüfe, wenn der Rat dem Antrag zustimme.

Herr Hans erläuterte, dass die ADD den dann ausgesetzten Beschluss überprüfe. Letztlich könnte der Stadtrat dann gegen die Entscheidung der ADD klagen.

Ratsmitglied Vogler war der Meinung, dass es wirklich nur um dieses Ehrenamt gehe. Sie sehe nicht ein, dass man die Leute dann so abstrafe.

Herr Hans erwiderte, dass es höchststrichterlich bestätigt sei, dass die Zweitwohnungssteuer an melderechtliche Vorgaben anknüpfe. Wenn jemand an seinem Erstwohnsitz ein politisches Mandat ausübe, dann gebe er damit ganz klar zu erkennen, dass dort der Mittelpunkt seiner Lebensbeziehungen liege. Wenn er sich ummelde, umgehe er die Satzung.

Ratsmitglied Ellinghaus sah in einem Beschluss kein Problem. Wenn man den Antrag heute so beschließe, dann setze der Oberbürgermeister den Beschluss aus und die ADD überprüfe als unabhängige Stelle den Beschluss. Mehr passiere nicht.



Der Vorsitzende machte nochmals klar, dass ein solcher Beschluss rechtswidrig wäre. Diesen müsse und werde er dann aussetzen.

Ratsmitglied Dr. Ingenthron stellte in einer persönlichen Erklärung eine Berichterstattung der Presse klar. Er sei nicht im Hinblick auf die Zweitwohnungssteuer auf die Großzügigkeit der Stadt Mannheim angewiesen gewesen. Mannheim habe keine Zweitwohnungssteuer. Die Hintergründe seien damals andere gewesen.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 22 Ja,- 20 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

Die Zweitwohnungssteuersatzung wird um folgende Regelung erweitert:

„Eine Befreiungsregel von der Zweitwohnungssteuer gilt dann, wenn natürliche Personen ein politisches Mandat in einer anderen Gemeinde bzw. Stadt innehaben, und deswegen den ersten Wohnsitz dort behalten müssen, weil sie sonst gezwungen wären ihr politisches Mandat aufzugeben.“

***Der Vorsitzende stellte fest, dass der Antrag eine Mehrheit habe.
Er verfare dann so wie angekündigt und setze den Beschluss hiermit wegen Rechtswidrigkeit aus.***

Niederschrift des Tagesordnungspunktes 11. (öffentlich)

Bewirtschaftung der öffentlichen Stellplätze

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage der Ordnungsabteilung vom 22. Juli 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigefügt ist. Diese Vorlage sei das Ergebnis der Beratungen mit dem Rat für Fragen der Universität und ihrer Studierenden. Die Dreimonatsplakette gelte immer vom Tag des Erwerbs an. Diese Stichtagsregelung habe man noch mal geprüft nach den Beratungen im Hauptausschuss.

Ratsmitglied Dr. Kopf erklärte, dass mit dieser Stichtagsregelung die SPD-Stadtratsfraktion der Vorlage zustimmen werde.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 1 Enthaltung:

die Einführung einer Dreimonatsplakette zum Preis von 83,00 Euro. Die Regelung tritt mit Wirkung vom 01.Oktober 2010 in Kraft.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 12. (öffentlich)

Integrationskonzept für die Stadt Landau in der Pfalz

Der Vorsitzende verwies auf die Sitzungsvorlage des Sozialamtes vom 4. August 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Bürgermeister Hirsch als zuständiger Dezernent erläuterte die Vorlage. Man hätte es sich einfach machen können, aus den vielen in Deutschland vorhandenen Integrationskonzepten jeweils das beste herauszunehmen. Man habe sich aber ganz bewusst für den Weg entschieden, für Landau ein eigenes Integrationskonzept zu erarbeiten. Es gehe darum ein Konzept zu entwickeln, von unten nach oben im Dialog mit den Betroffenen. In Landau gebe es keine schwerwiegenden Integrationsprobleme. Das Konzept solle in die Zukunft gerichtet werden auch vor dem Hintergrund, dass aufgrund der begrenzten Haushaltsmittel die Maßnahmen effizient eingesetzt werden. Man habe einen moderierten Prozess angestoßen, den man nun in Workshops und Arbeitsgruppen fortführen wolle. Er danke allen, die sich in den letzten Wochen hier eingebracht hätten.

Herr Tas, Vorsitzender des Beirates für Migration und Integration, erklärte, dass der Beirat die Erstellung des Integrationskonzeptes ausdrücklich begrüße. Dies sei ein positives Signal, dass man sich mit dem Thema Integration verstärkt beschäftigen wolle.

Es sei mittlerweile klar geworden, dass Integration keine Bringschuld sei. Damit es positiv umgesetzt werden könne, müssen die Migranten bei der Erstellung des Konzeptes eingebunden werden. Wenn man an den betroffenen Migranten vorbeiplane, werde das Integrationskonzept scheitern. Ein Scheitern von Integration wäre eine Belastung für den städtischen Haushalt, verbunden mit erheblichen gesellschaftlichen Problemen. Er wünsche sich, dass der Stadtrat ein offenes Ohr für die Wünsche und Anregungen des Beirates habe. Der Beirat für Migration und Integration sei der stärkste Teilnehmer, aber zugleich das finanziell schwächste Glied.

Ratsmitglied Ludwig erklärte, dass wichtiger als die Vergangenheit die gemeinsame Zukunft sei. Die aktuelle Diskussion um das Buch von Thilo Sarrazin mache erneut deutlich, dass Integration nötig sei. Es helfe nicht, bestimmte Bevölkerungsgruppen zu stigmatisieren. Dies spalte die Gesellschaft und stärke den Extremismus.

In Landau gehe man das Thema Integration nun zielgerichtet an. Der größte Mangel bei den Kindern sei die Sprache. Daher sei es ganz wichtig, eine individuelle Sprachförderung in der Muttersprache und der deutschen Sprache zu betreiben. Das friedliche Zusammenleben vom Menschen in Landau habe Tradition. Dies habe die Weltoffenheit von Landau und die Toleranz in der Stadt gestärkt. Die SPD-Stadtratsfraktion fordere die Verwaltung auf, die bisherigen Integrationsmaßnahmen fortzuführen. Ein Landauer Integrationskonzept sollte auf vier Säulen aufgebaut sein. Erstens die Sprachkompetenz, zweitens die berufliche und schulische Förderung, drittens die politische Partizipation und viertens die berufliche Ausbildung. Dies alles müsse auf der Grundlage unserer Verfassung erfolgen. Es gelte die Grundpfeiler unserer Demokratie - die Menschenrechte, die Demokratie, die Rechtsstaatlichkeit, die Gewaltenteilung, die Gleichstellung von Mann und Frau sowie die Trennung von Kirche und Staat – zu wahren.

Ratsmitglied Lerch sah Einigkeit darüber, dass Migration und Integration ein Thema von hoher Bedeutung sei. Er finde es sehr positiv, dass in diesem Prozess auf dem Weg zum Integrationskonzept Prioritäten gesetzt worden seien. Hierbei sei Sprache und Bildung das zentrale Thema. Insgesamt seien die Schwerpunkte richtig gesetzt. Klar müsse aber sein, dass Integration keine Einbahnstraße, sondern ein wechselseitiger Prozess sei. Die CDU-Stadtratsfraktion sehe in dem Integrationskonzept einen Meilenstein in die richtige Richtung.

Ratsmitglied Schröer schloss sich den Ausführungen ihrer Vorredner an. Mit dem Integrationsworkshop sei ein wichtiger Grundstein gelegt worden. Bis zum Erreichen des Zieles Integrationskonzept sei es allerdings noch ein langer und steiniger Weg.



Ratsmitglied Gauer sprach von einem topaktuellen Thema. Der Integrationsworkshop habe strukturiert, welche Problemfelder im Vordergrund stehen sollten. Aus seiner Sicht seien die Arbeitsgruppen hervorragend besetzt mit engagierten Leuten.

Ratsmitglied Silbernagel hielt es für wichtig, dass die Migranten sich hier wohlfühlten. Insbesondere sollte die erste Generation der Zuwanderer ein Heimatgefühl bekommen. Die FDP-Stadtratsfraktion werde der Vorlage zustellen. Ein Wermutstropfen sei allerdings, dass es zu einem Stellenmehrbedarf kommen könne.

Ratsmitglied Dr. Migl war der Auffassung, dass Landau ein Integrationskonzept brauche. Gut sei, dass ein eigenständiges Konzept unter Beteiligung vieler Menschen entwickelt werde. Die Integration brauche deshalb ein Konzept, weil auch die Aufgabenstellungen immer komplexer würden. Dennoch werde sich die UBFL-Stadtratsfraktion enthalten, weil die Moderation der Bertelsmann-Stiftung übertragen werden solle. Diese Stiftung nehme Einfluss auf die Demokratie, sei für eine Privatisierung der öffentlichen Verwaltung und propagiere dies auch. Die Stiftung versuche über die Moderation in die Stadtverwaltung hineinzukommen. Sie denke, dass man das nicht nötig habe. Man sollte versuchen, den Prozess selbstständig zu moderieren.

Der Vorsitzende erwiderte, dass er davon ausgehe, dass die Beteiligten am Integrationskonzept sich nicht etwas aufdrücken lassen, sondern sehr selbstbewusst auftreten. Er sehe keinen Anlass, die Moderation zu wechseln.

Man mache sich gemeinsam positiv auf den Weg. Vielmehr sei man schon auf dem Weg, denn Landau integriere seit vielen Jahren Menschen aus anderen Kulturen. Die meisten kämen mit dem positiven Willen, sich hier zu integrieren.

Der Stadtrat beschloss einstimmig bei 4 Enthaltungen:

Bis zum Jahresende 2011 wird ein Integrationskonzept entwickelt. Der Stadtrat beschließt die Empfehlungen zum weiteren Vorgehen.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 13. (öffentlich)

Fortschreibung des Bauprogramms 2010 - 2013

Der Vorsitzende erläuterte die Sitzungsvorlage des Stadtbauamtes vom 30. Juni 2010, die dieser Niederschrift als Anlage beigelegt ist.

Ratsmitglied Eichhorn erklärte, dass dieses Bauprogramm ein wesentlicher Bestandteil der wiederkehrenden Beiträge und daher penibel einzuhalten sei. Er wolle noch mal auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückkommen, bei dem es um die Verlegung der Gehwegplatten in der Fußgängerzone zwischen Adler-Apotheke und Schwanen-Apotheke ging. Der Antrag sei zurückgezogen worden nach dem Hinweis, dass dieses im Förderprogramm Aktive Stadtzentren enthalten sei. Er wollte wissen, wie es hier aussehe.

Herr Bernhard erklärte, dass dies erst ins Bauprogramm aufgenommen werde, wenn die Maßnahme komme. So weit sei man aber noch nicht, da man noch keine Förderzusage habe.

Ratsmitglied Kern bat darum, die Prioritätenliste nach Möglichkeit einzuhalten. Natürlich könne es durch dringende Notwendigkeiten immer mal wieder zu Verschiebungen kommen. Mörzheim aber sei jetzt beispielsweise ein Jahr nach hinten gerutscht.

Herr Bernhard erläuterte, dass die Stadtteile nicht abgehängt werden sollen.

Ratsmitglied Dr. Kopf wollte wissen, ob der geplante Kreisel im Südring beitragsfähig sei.

Der Vorsitzende stellte klar, dass der Kreisel nicht beitragsfähig sei.

Ratsmitglied Dr. Kopf warnte davor, die Ortsteile immer weiter nach hinten zu schieben. Dies verursache irgendwann einen Stau nach hinten, der dann nicht mehr zu schaffen sei. Die Ausbaumaßnahme im Südring beispielsweise sei zwar wünschenswert, aber nicht vordringlich. Hier könnte man sicher noch schieben.

Ratsmitglied Marquardt wollte wissen, mit welchen Einnahmen pro Jahr die Stadt aus den wiederkehrenden Einnahmen rechne.

Herr Bernhard erwiderte, dass man mit 1,2 Millionen Euro rechne, das seien 67 % des beitragsfähigen Aufwands von rund 1,9 Millionen Euro.

Ratsmitglied Marquardt erklärte, dass aus seiner Sicht die Gerberstraße/Kronstraße keine Dringlichkeit habe. Die UBFL-Stadtratsfraktion lehne die Sitzungsvorlage ab.

Der Stadtrat beschloss mehrheitlich mit 41 Ja- und 2 Nein-Stimmen:

Dem geänderten Bauprogramm 2010 – 2013 (Prioritätenliste) wird zugestimmt



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 14. (öffentlich)

Informationen zur Landesgartenschau

Der Vorsitzende informierte, dass die Projektteilung am 1. Juli 2010 mit 4 Mitarbeitern ihre Arbeit aufgenommen habe. Die Zuständigkeiten seien zwischen der Projektteilung, dem Stadtbauamt, der DSK und der Landesgartenschau-Gesellschaft GmbH geklärt. Es fänden regelmäßig Arbeitskreissitzungen statt und der Internetauftritt befinde sich in Vorbereitung. Ebenfalls in Vorbereitung befinde sich der Landschaftsarchitektenwettbewerb und der Umbau des künftigen Dienstgebäudes der Projektteilung und der LGS GmbH. Noch nicht endgültig abgeschlossen sei die Finanzierungsplanung mit dem Land.



Niederschrift des Tagesordnungspunktes 15. (öffentlich)

Verschiedenes

Ratsmitglied Eisold sprach die Preisentwicklung bei den Mülltonnen an, die nicht normgerecht sind. Hier hätte man offener und transparenter kommunizieren sollen.

Ratsmitglied Dr. Migl fragte an, ob es stimme, dass ein Bürger wegen der Müllgebühren gegen die Stadt klage wegen Betrugs.

Der Vorsitzende teilte mit, dass ihm davon nichts bekannt sei.



Die Niederschrift über die 11. Sitzung des Stadtrates der Stadt Landau in der Pfalz am 31.08.2010 umfasst 19 Teilprotokolle. Sie enthält die fortlaufend nummerierten Blätter 1 bis 89.

Vorsitzender

Gesehen:

Hans-Dieter Schlimmer
Oberbürgermeister

Thomas Hirsch
Bürgermeister

Markus Geib
Schriftführer

Rudi Klemm
Beigeordneter

Maria Helene Schlösser
Beigeordnete